

**BERICHT**  
über die  
**PRÜFUNG DES JAHRESABSCHLUSSES  
UND RECHNUNGSPRÜFUNG**  
zum 31. Dezember 2021  
des  
**Österreichischer Pferdesportverband**  
**2361 Laxenburg**  
**Am Wassersprung 2**

Wien, 24. März 2022

<i>INHALTSVERZEICHNIS</i>	Seite
1. Prüfungsvertrag, Auftrag zur Rechnungsprüfung und Auftragsdurchführung	1
2. Aufgliederung und Erläuterung von wesentlichen Posten des Jahresabschlusses	2
3. Zusammenfassung des Prüfungsergebnisses	2
Feststellungen zur Gesetzmäßigkeit von Buchführung und Jahresabschluss	2
Erteilte Auskünfte	2
Stellungnahme zu Tatsachen nach § 273 Abs. 2 und Abs. 3 UGB (Ausübung der Redepflicht)	2
4. Bestätigungsvermerk	3
Bericht zum Jahresabschluss	3
5. Bericht über die Rechnungsprüfung	5

<i>BEILAGENVERZEICHNIS</i>	Beilage
<b>Jahresabschluss</b>	
Jahresabschluss zum 31. Dezember 2021	
Bilanz zum 31. Dezember 2021	I
Gewinn- und Verlustrechnung für das Rechnungsjahr 2021	II
Anhang für das Rechnungsjahr 2021	III
<b>Andere Beilagen</b>	
Allgemeine Auftragsbedingungen	IV

#### *RUNDUNGSHINWEIS*

Bei der Summierung von gerundeten Beträgen und Prozentangaben können durch Verwendung automatischer Rechenhilfen rundungsbedingte Rechendifferenzen auftreten.

An die Mitglieder des Leitungsorgans des Vereins  
Österreichischer Pferdesportverband,  
Laxenburg

Wir haben die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2021 des

**Österreichischer Pferdesportverband,  
Laxenburg,**  
(im Folgenden auch kurz "Verein" genannt)

abgeschlossen und erstatten über das Ergebnis dieser Prüfung den folgenden Bericht:

## **1. PRÜFUNGSVERTRAG, AUFTRAG ZUR RECHNUNGSPRÜFUNG UND AUFTRAGS-DURCHFÜHRUNG**

In der Mitgliederversammlung vom 7. Dezember 2020 des Österreichischer Pferdesportverband, Laxenburg wurden wir zum Abschlussprüfer gemäß § 22 Abs.2 VerG für das Rechnungsjahr vom 1. Jänner 2021 bis zum 31. Dezember 2021 gewählt. Gemäß § 22 Abs. 2 VerG hat der Abschlussprüfer in diesem Fall auch die Aufgaben der Rechnungsprüfer zu übernehmen.

Der Verein, vertreten durch den Präsidenten, schloss mit uns einen Vertrag über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2021 unter Einbeziehung der Buchführung und die Rechnungsprüfung ab.

Bei dem geprüften Verein handelt es sich um einen großen Verein im Sinne des Vereinsgesetzes. Für Vereine dieser Größenklasse sind die Vorschriften zur Rechnungslegung des § 22 Abs.2 VerG unter sinngemäßer Anwendung der Vorschriften des Unternehmensgesetzbuches (UGB) maßgeblich.

Bei der gegenständlichen Abschlussprüfung handelt es sich um eine Pflichtprüfung.

Die in § 269 ff UGB aufgestellten Grundsätze und die ergänzenden Vorschriften des VerG wurden bei der Durchführung der Prüfung beachtet. Die Abschlussprüfung erstreckt sich darauf, ob bei der Erstellung des Jahresabschlusses und der Buchführung die gesetzlichen Vorschriften und die ergänzenden Bestimmungen der Vereinsstatuten beachtet wurden. Wir weisen darauf hin, dass die Abschlussprüfung mit hinreichender Sicherheit die Richtigkeit

des Abschlusses gewährleisten soll. Eine absolute Sicherheit lässt sich nicht erreichen, weil jedem internen Kontrollsystem die Möglichkeit von Fehlern immanent ist und auf Grund der stichprobengestützten Prüfung ein unvermeidbares Risiko besteht, dass wesentliche falsche Darstellungen im Jahresabschluss unentdeckt bleiben. Die Prüfung erstreckte sich nicht auf Bereiche, die üblicherweise den Gegenstand von Sonderprüfungen bilden.

Die Rechnungsprüfung erstreckt sich darauf, ob in allen wesentlichen Belangen die Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung gegeben ist und die Mittel des Vereins statutengemäß verwendet wurden. Die Beurteilung der Sparsamkeit bzw. Wirtschaftlichkeit der Geschäftsführung ist nicht Gegenstand der Rechnungsprüfung. Festgestellte Gebarungsmängel oder Gefahren für den Bestand des Vereins sind im Rahmen unserer Berichterstattung aufzuzeigen, und auf ungewöhnliche Einnahmen oder Ausgaben, vor allem auf Inschlaggeschäfte, ist besonders einzugehen.

Bei unserer Prüfung beachteteten wir die in Österreich geltenden gesetzlichen Vorschriften und die berufsüblichen Grundsätze zur Durchführung von Abschlussprüfungen und von vereinsrechtlichen Rechnungsprüfungen. Diese Grundsätze erfordern die Anwendung der internationalen Prüfungsstandards (International Standards on Auditing (ISA)).

Wir führten die Prüfung mit Unterbrechungen im Zeitraum März 2022 (Hauptprüfung) überwiegend in den Räumen unserer Kanzlei in Wien durch. Die

Prüfung wurde mit dem Datum dieses Berichtes materiell abgeschlossen.

Für die ordnungsgemäße Durchführung des Auftrages ist Herr Dr. Stefan Kurz, Wirtschaftsprüfer, verantwortlich.

Grundlage für unsere Prüfung ist der mit dem Verein abgeschlossene Prüfungsvertrag, bei dem die von der Kammer der Steuerberater und Wirtschaftsprü-

fer herausgegebenen "Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftstreuhandberufe" (Beilage IV) einen integrierten Bestandteil bilden. Diese Auftragsbedingungen gelten nicht nur zwischen dem Verein und uns als Abschlussprüfer und Rechnungsprüfer, sondern auch gegenüber Dritten. Bezüglich unserer Verantwortlichkeit und Haftung als Abschlussprüfer und Rechnungsprüfer gegenüber dem Verein und gegenüber Dritten kommen § 275 UGB und § 24 Abs. 4 VerG zur Anwendung.

## 2. AUFGLIEDERUNG UND ERLÄUTERUNG VON WESENTLICHEN POSTEN DES JAHRESABSCHLUSSES

Alle erforderlichen Aufgliederungen und Erläuterungen von wesentlichen Posten des Jahresabschlusses sind im Anhang des Jahresabschlusses enthalten.

Wir verweisen daher auf die entsprechenden Angaben des Leitungsorgans im Anhang des Jahresabschlusses.

## 3. ZUSAMMENFASSUNG DES PRÜFUNGSERGEBNISSES

### FESTSTELLUNGEN ZUR GESETZMÄßIGKEIT VON BUCHFÜHRUNG UND JAHRESABSCHLUSS

Bei unseren Prüfungshandlungen stellten wir die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften, ergänzenden Bestimmungen der Vereinsstatuten und der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung fest.

Im Rahmen unseres risiko- und kontrollorientierten Prüfungsansatzes haben wir – soweit wir dies für unsere Prüfungsaussage für notwendig erachteten – die internen Kontrollen in Teilbereichen des Rechnungslegungsprozesses in die Prüfung einbezogen.

Hinsichtlich der Gesetzmäßigkeit des Jahresabschlusses verweisen wir auf unsere Ausführungen im Bestätigungsvermerk.

### ERTEILTE AUSKÜNFTE

Der Präsident und die anderen, für die Rechnungslegung und Finanzgebarung verantwortlichen Mitglie-

der des Leitungsorgans des Vereins erteilten die von uns verlangten Aufklärungen und Nachweise. Eine von den vertretungsbefugten Mitgliedern des Leitungsorgans unterfertigte Vollständigkeitserklärung haben wir zu unseren Akten genommen.

### STELLUNGNAHME ZU TATSACHEN NACH § 273 ABS. 2 UND ABS. 3 UGB (AUSÜBUNG DER REDEPFLICHT)

Bei Wahrnehmung unserer Aufgaben als Abschlussprüfer haben wir keine Tatsachen festgestellt, die den Bestand des geprüften Vereins gefährden oder seine Entwicklung wesentlich beeinträchtigen können oder die schwerwiegende Verstöße des Leitungsorgans oder von Arbeitnehmern gegen Gesetz oder Vereinsstatuten erkennen lassen. Wesentliche Schwächen bei den internen Kontrollen des Rechnungslegungsprozesses sind uns nicht zur Kenntnis gelangt.

## 4. BESTÄTIGUNGSVERMERK

### BERICHT ZUM JAHRESABSCHLUSS

#### PRÜFUNGSURTEIL

Wir haben den Jahresabschluss des Österreichischer Pferdesportverband, Laxenburg, bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2021, der Gewinn- und Verlustrechnung für das an diesem Stichtag endende Rechnungsjahr und dem Anhang, geprüft.

Nach unserer Beurteilung entspricht der beigefügte Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt ein möglichst getreues Bild der Vermögens- und Finanzlage zum 31. Dezember 2021 sowie der Ertragslage des Vereins für das an diesem Stichtag endende Rechnungsjahr in Übereinstimmung mit den Vorschriften des Vereinsgesetzes unter sinngemäßer Anwendung der Vorschriften des österreichischen Unternehmensgesetzbuches.

#### GRUNDLAGE FÜR DAS PRÜFUNGSURTEIL

Wir haben unsere Abschlussprüfung in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Diese Grundsätze erfordern die Anwendung der International Standards on Auditing (ISA). Unsere Verantwortlichkeiten nach diesen Vorschriften und Standards sind im Abschnitt „Verantwortlichkeiten des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind vom Verein unabhängig in Übereinstimmung mit den österreichischen Bestimmungen des Vereinsgesetzes und berufsrechtlichen Vorschriften und wir haben unsere sonstigen beruflichen Pflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns bis zum Datum des Bestätigungsvermerkes erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu diesem Datum zu dienen.

#### VERANTWORTLICHKEITEN DES LEITUNGSORGANS FÜR DEN JAHRESABSCHLUSS

Das Leitungsorgan ist verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses und dafür, dass dieser in Übereinstimmung mit den Vorschriften des Vereinsgesetzes unter sinngemäßer Anwendung der Vorschriften des österreichischen Unternehmensgesetzbuches ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Vereins vermit-

telt. Ferner ist das Leitungsorgan verantwortlich für die internen Kontrollen, die es als notwendig erachtet, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses ist das Leitungsorgan dafür verantwortlich, die Fähigkeit des Vereins zur Fortführung der Geschäftstätigkeit zu beurteilen, Sachverhalte im Zusammenhang mit der Fortführung der Geschäftstätigkeit - sofern einschlägig - anzugeben, sowie dafür, den Rechnungslegungsgrundsatz der Fortführung der Geschäftstätigkeit anzuwenden, es sei denn, das Leitungsorgan beabsichtigt, entweder den Verein zu liquidieren oder die Geschäftstätigkeit einzustellen oder hat keine realistische Alternative dazu.

#### VERANTWORTLICHKEITEN DES ABSCHLUSSPRÜFERS FÜR DIE PRÜFUNG DES JAHRESABSCHLUSSES

Unsere Ziele sind, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist und einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unser Prüfungsurteil beinhaltet. Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsmäßiger Abschlussprüfung, die die Anwendung der ISA erfordern, durchgeführte Abschlussprüfung eine wesentliche falsche Darstellung, falls eine solche vorliegt, stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn von ihnen einzeln oder insgesamt vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Nutzern beeinflussen.

Als Teil einer Abschlussprüfung in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsmäßiger Abschlussprüfung, die die Anwendung der ISA erfordern, üben wir während der gesamten Abschlussprüfung pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung.

Darüber hinaus gilt:

- ▶ Wir identifizieren und beurteilen die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern im Abschluss, planen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken, führen sie durch und erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als ein aus Irrtümern resultierendes, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen oder das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- ▶ Wir gewinnen ein Verständnis von dem für die Abschlussprüfung relevanten internen Kontrollsystem, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit des internen Kontrollsystems des Vereins abzugeben.
- ▶ Wir beurteilen die Angemessenheit der vom Leitungsorgan angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der vom Leitungsorgan dargestellten geschätzten Werte in der Rechnungslegung und damit zusammenhängende Angaben.
- ▶ Wir ziehen Schlussfolgerungen über die Angemessenheit der Anwendung des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Geschäftstätigkeit durch das Leitungsorgan sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die erhebliche Zweifel an der Fähigkeit des Vereins zur Fortführung der Geschäftstätigkeit aufwerfen können. Falls wir die Schlussfolgerung ziehen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, in unserem Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch die Abkehr des Vereins von der Fortführung der Geschäftstätigkeit zur Folge haben.
- ▶ Wir beurteilen die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse in einer Weise wiedergibt, dass ein möglichst getreues Bild erreicht wird.

Wien, am 24. März 2022

BDO Austria GmbH  
Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft



Dr. Stefan Kurz  
Wirtschaftsprüfer

Mag. Thomas Kleinfurchner  
Wirtschaftsprüfer

Die Veröffentlichung oder Weitergabe des Jahresabschlusses mit unserem Bestätigungsvermerk darf nur in der von uns bestätigten Fassung erfolgen. Dieser Bestätigungsvermerk bezieht sich ausschließlich auf den deutschsprachigen und vollständigen Jahresabschluss. Für abweichende Fassungen sind die Vorschriften des § 281 Abs. 2 UGB zu beachten.

## 5. BERICHT ÜBER DIE RECHNUNGSPRÜFUNG

Wir haben die Rechnungsprüfung des Österreichischer Pferdesportverband, Laxenburg, für das Rechnungsjahr vom 1. Jänner 2021 bis zum 31. Dezember 2021 durchgeführt.

### VERANTWORTUNG DES LEITUNGSORGANS FÜR DIE FINANZGEBARUNG

Die ordnungsgemäße Finanzgebarung des Vereins im Hinblick auf die Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung und die statutengemäße Verwendung der Mittel liegt in der Verantwortung des Leitungsorgans des Vereins, das dafür zu sorgen hat, dass ein den Anforderungen des Vereins entsprechendes Rechnungswesen eingerichtet ist, und dass die Finanzlage des Vereins rechtzeitig und hinreichend erkennbar ist.

### VERANTWORTUNG DES RECHNUNGSPRÜFERS UND BESCHREIBUNG VON ART UND UMFANG DER RECHNUNGSPRÜFUNG

Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage unserer Prüfungshandlungen eine Beurteilung darüber abzugeben, ob in allen wesentlichen Belangen die Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung gegeben ist und die Mittel des Vereins statutengemäß verwendet wurden. Festgestellte Gebarungsmängel oder Gefahren für den Bestand des Vereins sind im Rahmen unserer Berichterstattung aufzuzeigen, und auf ungewöhnliche Einnahmen oder Ausgaben, vor allem auf Inschlaggeschäfte, ist besonders einzugehen.

Wir haben unsere Rechnungsprüfung unter Beachtung der in Österreich geltenden gesetzlichen Vorschriften und berufssüblichen Grundsätze zu vereinsrechtlichen Rechnungsprüfungen durchgeführt. Danach haben wir unsere Berufspflichten einschließlich Vorschriften zur Unabhängigkeit einzuhalten und den Auftrag unter Beachtung des Grundsatzes der Wesentlichkeit so zu planen und durchzuführen, dass wir unsere Beurteilung mit einer hinreichenden Sicherheit abgeben können.

Die Auswahl der Prüfungshandlungen liegt im pflichtgemäßen Ermessen des Rechnungsprüfers unter Berücksichtigung seiner Einschätzung des Risikos eines Auftretens falscher Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern. Bei der Vornahme dieser Risikoeinschätzung berücksichtigt der Rechnungsprüfer das interne Kontrollsystem, soweit es für die Rechnungslegung des Vereins von Bedeutung ist, um unter Berücksichtigung der Rahmenbedingungen geeignete Prüfungshandlungen festzulegen, nicht jedoch um ein Prüfungsurteil über die Wirksamkeit der internen Kontrollen des Vereins abzugeben. Die statutengemäße Verwendung der Mittel ist gegeben, wenn die Mittel zur Erfüllung des Vereinszwecks, insbesondere zur Finanzierung der für die Verwirklichung des Zwecks vorgesehenen Tätigkeiten, verwendet werden. Die Beurteilung der Sparsamkeit bzw. Wirtschaftlichkeit des Leitungsorgans ist nicht Gegenstand der Rechnungsprüfung.

Die Abschlussprüfung oder prüferische Durchsicht des Jahresabschlusses, oder die Aufdeckung und Aufklärung strafrechtlicher Tatbestände, wie z.B. von Unterschlagungen oder sonstigen Untreuehandlungen und Ordnungswidrigkeiten, ist ebenso nicht Gegenstand der Rechnungsprüfung.

Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und angemessen sind, um als Grundlage für unsere Beurteilung zu dienen.

## BEURTEILUNG

Aufgrund der bei unserer Rechnungsprüfung gewonnenen Erkenntnisse ist für das Rechnungsjahr vom 1. Jänner 2021 bis zum 31. Dezember 2021 in allen wesentlichen Belangen die Ordnungsmäßigkeit der

Rechnungslegung gegeben, und die Verwendung der Mittel des Vereins erfolgte statutengemäß; ungewöhnliche Einnahmen oder Ausgaben, vor allem Insihgeschäfte, wurden nicht festgestellt.

Wien, am 24. März 2022

BDO Austria GmbH  
Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft



Dr. Stefan Kurz  
Wirtschaftsprüfer

Mag. Thomas Kleinfurchner  
Wirtschaftsprüfer

Die Veröffentlichung oder Weitergabe des Jahresabschlusses mit unserem Bestätigungsvermerk darf nur in der von uns bestätigten Fassung erfolgen. Dieser Bestätigungsvermerk bezieht sich ausschließlich auf den deutschsprachigen und vollständigen Jahresabschluss. Für abweichende Fassungen sind die Vorschriften des § 281 Abs. 2 UGB zu beachten.



Aktiva	31.12.2021 €	31.12.2020 €	%
<b>A. Anlagevermögen</b>			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
1. Datenverarbeitungsprogramme, Homepage	8.408,76	11.945,90	-29,6
II. Sachanlagen			
1. Grundstücke und Bauten <i>davon Grundwert</i>	1.295.946,90 330.536,00	1.337.029,42 330.536,00	-3,1 0,0
2. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	49.535,80	62.228,36	-20,4
	<u>1.345.482,70</u>	<u>1.399.257,78</u>	-3,8
III. Finanzanlagen			
1. Beteiligungen	200.000,00	200.000,00	0,0
	<b>1.553.891,46</b>	<b>1.611.203,68</b>	<b>-3,6</b>
<b>B. Umlaufvermögen</b>			
I. Vorräte			
1. Handelswaren	203.041,67	188.696,46	7,6
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen <i>davon gegenüber Landesverbände</i> <i>davon gegenüber Vereine</i> <i>davon gegenüber Mitglieder</i> <i>davon Forderungen aus Warenlieferungen</i> <i>Wertberichtigungen zu Forderungen aus L+L</i>	163.298,92 82.406,32 85.954,31 13.153,31 11.784,98 -30.000,00	209.568,63 114.752,63 71.642,42 4.099,55 29.074,03 -10.000,00	-22,1 -28,2 20,0 220,9 -59,5 200,0
2. sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände <i>davon Verrechnung Onlineportal</i> <i>davon sonstige Forderungen</i>	101.488,09 54.588,09 46.900,00	20.375,60 14.160,46 6.215,14	398,1 285,5 654,6
	<u>264.787,01</u>	<u>229.944,23</u>	15,2
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten			
1. Kassa	2.773,14	5.158,31	-46,2
2. Banken	1.502.051,15	736.868,86	103,8
	<u>1.504.824,29</u>	<u>742.027,17</u>	102,8
	<b>1.972.652,97</b>	<b>1.160.667,86</b>	<b>70,0</b>
<b>C. Rechnungsabgrenzungsposten</b>			
1. Aktive Rechnungsabgrenzung	1.465,54	788,18	85,9
<b>Summe Aktiva</b>	<b>3.528.009,97</b>	<b>2.772.659,72</b>	<b>27,2</b>



<b>Passiva</b>	31.12.2021	31.12.2020	%
	€	€	
<b>A. Eigenkapital</b>			
I. Vereinskaptal			
1. Vereinskaptal zum 01.01.	1.837.753,09	1.550.741,09	18,5
2. Bilanzergebnis	798.107,82	287.012,00	178,1
<i>davon Bilanzergebnisvortrag</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,0</i>
	<b>2.635.860,91</b>	<b>1.837.753,09</b>	<b>43,4</b>
<b>B. Verpflichtungen aus noch nicht widmungsgemäß verwendeten Zuwendungen</b>			
Unser Partner Pferd	52.569,89	51.967,89	1,2
öffentliche Subventionen	121.121,89	187.489,00	-35,4
Z-Kopfnummern Sparten	0,00	91.344,20	-100,0
Sportförderbeitrag	0,00	49.592,94	-100,0
sonstige private Subventionen	17.605,00	19.780,00	-11,0
	<b>191.296,78</b>	<b>400.174,03</b>	<b>-52,2</b>
<b>C. Rückstellungen</b>			
1. Rückstellungen für Abfertigungen	64.160,40	59.383,76	8,0
2. sonstige Rückstellungen	44.751,11	51.227,74	-12,6
	<b>108.911,51</b>	<b>110.611,50</b>	<b>-1,5</b>
<b>D. Verbindlichkeiten</b>			
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	147.408,02	162.817,94	-9,5
<i>davon gegenüber Lieferanten</i>	<i>75.508,86</i>	<i>74.328,48</i>	<i>1,6</i>
<i>davon gegenüber Mitglieder</i>	<i>10.813,56</i>	<i>18.152,36</i>	<i>-40,4</i>
<i>davon gegenüber Vereine</i>	<i>2.951,00</i>	<i>16.450,00</i>	<i>-82,1</i>
<i>davon gegenüber Landesverbänden</i>	<i>58.134,60</i>	<i>53.887,10</i>	<i>7,9</i>
<i>davon mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr</i>	<i>147.408,02</i>	<i>162.817,94</i>	<i>-9,5</i>
2. sonstige Verbindlichkeiten	40.002,75	37.917,16	5,5
<i>davon Verrechnung Onlineportal</i>	<i>1.240,00</i>	<i>1.342,40</i>	<i>-7,6</i>
<i>davon sonstige Verbindlichkeiten</i>	<i>11.031,33</i>	<i>11.832,76</i>	<i>-6,8</i>
<i>davon aus Steuern</i>	<i>11.295,08</i>	<i>8.178,38</i>	<i>38,1</i>
<i>davon im Rahmen der sozialen Sicherheit</i>	<i>16.436,34</i>	<i>16.563,62</i>	<i>-0,8</i>
<i>davon mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr</i>	<i>40.002,75</i>	<i>37.917,16</i>	<i>5,5</i>
	<b>187.410,77</b>	<b>200.735,10</b>	<b>-6,6</b>
<i>davon mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr</i>	<i>187.410,77</i>	<i>200.735,10</i>	<i>-6,6</i>

OEPS

<b>Passiva</b>	31.12.2021 €	31.12.2020 €	%
<b>E. Rechnungsabgrenzungsposten</b>			
Passive Rechnungsabgrenzungen	<b>404.530,00</b>	<b>223.386,00</b>	<b>81,1</b>
<b>Summe Passiva</b>	<b>3.528.009,97</b>	<b>2.772.659,72</b>	<b>27,2</b>



Handwritten signature in blue ink, likely representing the OEPS (Österreichischer Pferdesportverband).

	2021 €	2020 €
<b>1. ERTRÄGE</b>		
I. Mitgliedsbeiträge		
a. Mitgliedsbeiträge	428.706,00	420.381,00
b. Versicherung Mitglieder	18.643,56	18.513,56
	<u>447.349,56</u>	<u>438.894,56</u>
II. Turniere, Pferde, Lizenzen		
a. Lizenzen	606.144,00	531.312,00
b. Pferdegebühren	424.307,00	452.834,00
c. Turniergebühren	328.065,93	198.580,20
d. FEI-Gebühren	258.226,67	136.484,49
e. ZNS Einnahmen	52.292,00	16.817,00
	<u>1.669.035,60</u>	<u>1.336.027,69</u>
III. Subventionen und Sponsoring		
a. Subventionen	1.712.415,39	1.051.343,89
<i>öffentliche Subventionen</i>	1.238.028,51	898.449,89
<i>Sportförderbeitrag, Z-Kopfnummern Sparten, Unser Partner Pferd</i>	474.386,88	152.894,00
b. Sponsoring	82.300,00	92.554,00
	<u>1.794.715,39</u>	<u>1.143.897,89</u>
IV. Allgemeine Verbandsbeiträge		
a. Sonstige Gebühren	21.109,00	14.966,00
b. Ausbilderkarte / Jahreskleber	30.310,00	19.090,00
c. Abzeichenverkauf	81.644,50	67.601,00
d. Drucksortenverkauf	137.810,92	103.121,32
e. Mieterträge und Betriebskosten	12.942,12	12.942,12
	<u>283.816,54</u>	<u>217.720,44</u>
V. Sonstige betriebliche Erträge		
a. Sonstige Erträge	26.894,91	43.582,23
	<b>4.221.812,00</b>	<b>3.180.122,81</b>
<b>2. AUFWENDUNGEN</b>		
I. Personalaufwand		
a. Gehälter	-603.595,90	-560.306,48
b. Abfertigungen und Leistungen an betriebliche Mitarbeitervorsorgekassen	-12.619,77	-23.499,01
c. Gesetzlich vorgeschriebene Sozialabgaben, sowie entgeltabhängige Abgaben und Pflichtbeiträge	-148.996,12	-157.625,23
	<u>-765.211,79</u>	<u>-741.430,72</u>
II. Abschreibungen	-62.084,10	-59.392,46
III. Aufwand Sport		
a. Referate	-741.281,60	-397.600,89
b. Sport allgemein	-386.639,28	-300.318,26

	2021 €	2020 €
c. Landessportsubvention	-434.127,40	-475.212,24
d. FEI	-242.418,86	-120.676,02
e. Medienkosten Sponsoraufwand	-120.637,19	-121.818,72
f. Mitgliedsbeiträge	-6.071,60	-4.420,60
	<u>-1.931.175,93</u>	<u>-1.420.046,73</u>
<b>IV. Allgemeine Verbandsaufwendungen</b>		
a. Verbandszeitschrift, Abzeichen und Drucke	-226.571,43	-210.436,04
b. Allgemeine Verbandsverpflichtungen	-37.247,76	-20.573,83
c. Fahrzeug und Transportkosten	-31.188,77	-12.109,26
d. Instandhaltung	-2.199,28	-36.843,08
e. Raumkosten	-31.839,36	-30.672,44
f. Porto, Telefon	-83.215,92	-68.703,58
g. Sachaufwand Büro	-49.347,99	-57.579,85
h. EDV Kosten	-57.836,37	-61.803,92
i. Versicherungen	-69.356,74	-66.802,29
j. Werbung	0,00	-986,00
k. Prüfung, Beratung, Rechtsschutz	-16.573,44	-58.869,04
l. Spesen des Geldverkehrs	-29.117,84	-20.149,53
m. sonstige Aufwendungen	-32.583,82	-27.480,55
davon <i>Unser Partner Pferd</i>	-5.440,98	-3.514,00
	<u>-667.078,72</u>	<u>-673.009,41</u>
	<b>-3.425.550,54</b>	<b>-2.893.879,32</b>
<b>3. Zwischensumme aus Z 1 bis 2 (Betriebsergebnis)</b>	<b>796.261,46</b>	<b>286.243,49</b>
<b>4. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge</b>	<b>1.873,43</b>	<b>781,33</b>
<b>5. Zwischensumme aus Z 4 bis 4 (Finanzergebnis)</b>	<b>1.873,43</b>	<b>781,33</b>
<b>6. Kapitalertragsteuer</b>	<b>-27,07</b>	<b>-12,82</b>
<b>7. Jahresüberschuss</b>	<b>798.107,82</b>	<b>287.012,00</b>

Handwritten signature in blue ink, likely of a representative of OEPS.

## Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Der vorliegende Jahresabschluss wurde unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung sowie der Generalnorm des UGB, ein vollständiges, möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Vereins zu übermitteln, aufgestellt.

Der Jahresabschluss wurde gemäß den Bestimmungen des Rechnungslegungsänderungsgesetzes 2014 (RÄG 2014) und den Vorschriften des Vereinsgesetzes in Verbindung mit den Bestimmungen des Unternehmensgesetzbuches in der derzeit gültigen Fassung erstellt.

Bei der Bewertung wurde von der Fortführung des Unternehmens ausgegangen.

Bei Vermögensgegenständen und Schulden wurde der Grundsatz der Einzelbewertung angewandt.

Dem Vorsichtsgrundsatz wurde Rechnung getragen, indem insbesondere nur die am Abschlussstichtag verwirklichten Gewinne ausgewiesen werden. Alle erkennbaren Risiken und drohende Verluste, die im laufenden Geschäftsjahr oder in einem früheren Geschäftsjahr entstanden sind, wurden berücksichtigt.

Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde nach dem Gesamtkostenverfahren unter Anwendung des §231 (5) UGB aufgestellt.

Soweit im Interesse einer klaren Darstellung in der Bilanz und in der Gewinn- und Verlustrechnung einzelne Posten zusammengefasst werden, sind diese im Anhang gesondert ausgewiesen.

## Anlagevermögen

**Immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen** werden zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet und entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer abgeschrieben.

Die **geringwertigen Vermögensgegenstände** im Sinne des § 13 EStG 1988 werden im Zugangsjahr voll abgeschrieben.

---



Österreichischer Pferdesportverband (OEPS;  
Fédération Équestre Nationale d'Autriche, FENA)

Folgende Nutzungsdauer wird der planmäßigen Abschreibung zugrunde gelegt:

		von Jahre	bis Jahre
Software		3	5
Gebäude		8	33,33
Hardware		3	5
Betriebs- und Geschäftsausstattung		3	5

Außerplanmäßige Abschreibungen wurden nicht vorgenommen.

### Umlaufvermögen

Die Bewertung der **Vorräte** erfolgt zu durchschnittlichen Anschaffungskosten oder zu niedrigeren Tageswerten. Bestandsrisiken, die sich aus der Lagerdauer sowie geminderter Verwendbarkeit ergeben, sind durch angemessene Wertabschläge berücksichtigt.

**Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände** sind mit dem Nennwert angesetzt. Bestehende Einbringungsrisiken wurden durch eine pauschale Wertberichtigung berücksichtigt.

### Rückstellungen

Die Rückstellungen für Abfertigungen wurden nach der Berechnungsmethodik der AFRAC Stellungnahme 27 auf Basis eines Realzinssatzes von - 0,15 % und des gesetzlichen Pensionseintrittsalters ermittelt (RLFZ 15 Jahre: 1,35% und Bezugssteigerung: 1,50%).

**Sonstige Rückstellungen** wurden unter Beachtung der Vorschriften des § 198 Abs 8 UGB gebildet. Dabei wurden unter Beachtung des Vorsichtsprinzips alle im Zeitpunkt der Bilanzerstellung erkennbaren Risiken und der Höhe oder dem Grunde nach ungewissen Verbindlichkeiten mit den Beträgen berücksichtigt, die nach bestmöglicher Schätzung zur Erfüllung der Verpflichtung aufgewendet werden müssen. Sämtliche Rückstellungen haben eine Laufzeit von weniger als einem Jahr.

### Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten wurden mit ihrem Erfüllungsbetrag unter Bedachtnahme auf den Grundsatz der Vorsicht angesetzt.

Österreichischer Pferdesportverband (OEPS;  
Fédération Équestre Nationale d'Autriche, FENA)

## Erläuterungen der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung

### Erläuterungen der Bilanz

#### Anlagevermögen

Die Entwicklung der einzelnen Anlagepositionen und deren Abschreibungen sind im Anlagespiegel dargestellt. Die in der Bilanz unter den Posten Finanzanlagen ausgewiesene Beteiligung betrifft die vom Verein gehaltenen Geschäftsanteile an der Pferdezentrum Stadl-Paura Gesellschaft.m.b.H. Von den Anschaffungskosten in Höhe von EUR 270.000,00 wurde im Kalenderjahr 2010 eine Wertberichtigung in Höhe von EUR 70.000,00 durchgeführt.

#### Umlaufvermögen

Zur Fristigkeit der in der Bilanz ausgewiesenen Forderungen werden folgende Erläuterungen gegeben:

#### Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Die nachfolgende Darstellung zeigt die Restlaufzeiten der in der Bilanz ausgewiesenen Forderungen:

	davon Restlaufzeit	
	Gesamtbetrag EUR	bis 1 Jahr EUR
<b>Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände</b>		
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	163 298,92	163 298,92
Vorjahr	209 568,63	209 568,63
davon gegenüber Landesverbände	82 406,32	82 406,32
Vorjahr	114 752,63	114 752,63
davon gegenüber Vereine	85 954,31	85 954,31
Vorjahr	71 642,42	71 642,42
davon gegenüber Mitglieder	13 153,31	13 153,31
Vorjahr	4 099,55	4 099,55
davon Forderungen aus Warenlieferungen	11 784,98	11 784,98
Vorjahr	29 074,03	29 074,03
Wertberichtigungen zu Forderungen aus L+L	-30 000,00	-30 000,00
Vorjahr	-10 000,00	-10 000,00
sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände	101 488,09	101 488,09
Vorjahr	20 375,60	20 375,60
davon Verrechnung Onlineportal	54 588,09	54 588,09
Vorjahr	14 160,46	14 160,46
davon sonstige Forderungen	46 900,00	46 900,00
Vorjahr	6 215,14	6 215,14
<b>Summe Forderungen</b>	<b>264 787,01</b>	<b>264 787,01</b>
<b>Vorjahr</b>	<b>229 944,23</b>	<b>229 944,23</b>

Bei den Wertberichtigungen zu Forderungen aus L+L handelt es sich um eine Pauschalwertberichtigung zu Forderungen.



Österreichischer Pferdesportverband (OEPS;  
Fédération Équestre Nationale d'Autriche, FENA)

### Eigenkapital

Das Eigenkapital erhöhte sich von EUR 1 837 753,09 auf EUR 2 635 860,91.

Im Vereinskaptal ist ein nicht ausgeschöpftes Budget für Talente Team von EUR 188.732,66 enthalten.

### Verpflichtungen aus noch nicht widmungsgemäß verwendeten Zuwendungen

„Unser Partner Pferd“ Stand 31.12.2020	EUR	51 967,89
Zuwendungen	EUR	6 042,98
widmungsgemäße Verwendung	EUR	5 440,98
<i>davon aus Erfüllung von Widmungsauflagen aus Vorjahren EUR 0,00</i>		
„Unser Partner Pferd“ Stand 31.12.2021	EUR	52 569,89
sonstige öffentliche Subventionen Stand 31.12.2020	EUR	187 489,00
Zuwendungen	EUR	783 122,00
widmungsgemäße Verwendung	EUR	849 489,11
<i>davon aus Erfüllung von Widmungsauflagen aus Vorjahren EUR 0,00</i>		
sonstige öffentliche Subventionen Stand 31.12.2021	EUR	121 121,89
sonstige Private Subventionen Stand 31.12.2020	EUR	19 780,00
Zuwendungen	EUR	0,00
widmungsgemäße Verwendung	EUR	2 175,00
<i>davon aus Erfüllung von Widmungsauflagen aus Vorjahren EUR 0,00</i>		
sonstige Private Subventionen Stand 31.12.2021	EUR	17 605,00

Sämtliche zweckgebundenen Mittel aus „Z-Kopfnummer Sparten“ und „Sportförderbeitrag“ werden beschlusskonform ab 2021 jeweils am Jahresende referatsübergreifend verwendet.

Österreichischer Pferdesportverband (OEPS;  
Fédération Équestre Nationale d'Autriche, FENA)

### Rückstellungen

Zusammensetzung und Entwicklung der Rückstellungen:

	Stand 1.1.2021 EUR	Verwendung EUR	Zuweisung EUR	Stand 31.12.2021 EUR
<b>Rückstellungen</b>				
Rückstellungen für Abfertigungen				
Abfertigungsrückstellung	59 383,76	0,00	4 776,64	64 160,40
sonstige Rückstellungen				
Urlaubsrückstellung	6 227,74	0,00	5 523,37	11 751,11
Rückstellung Wirtschaftsprüfer	15 000,00	15 000,00	8 000,00	8 000,00
Rückstellung Rechts- und Beratungskosten	30 000,00	30 000,00	25 000,00	25 000,00
	51 227,74	45 000,00	38 523,37	44 751,11
Summe Rückstellungen	110 611,50	45 000,00	43 300,01	108 911,51

### Verbindlichkeiten

Zur Fristigkeit der in der Bilanz ausgewiesenen Verbindlichkeiten werden folgende Erläuterungen gegeben:

	Gesamtbetrag EUR	davon Restlaufzeit bis 1 Jahr EUR
<b>Verbindlichkeiten</b>		
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	147 408,02	147 408,02
Vorjahr	162 817,94	162 817,94
davon gegenüber Lieferanten	75 508,86	75 508,86
Vorjahr	74 328,48	74 328,48
davon gegenüber Mitglieder	10 813,56	10 813,56
Vorjahr	18 152,36	18 152,36
davon gegenüber Vereine	2 951,00	2 951,00
Vorjahr	16 450,00	16 450,00
davon gegenüber Landesverbänden	58 134,60	58 134,60
Vorjahr	53 887,10	53 887,10
sonstige Verbindlichkeiten	40 002,75	40 002,75
Vorjahr	37 917,16	37 917,16
davon Verrechnung Onlineportal	1 240,00	1 240,00
Vorjahr	1 342,40	1 342,40
davon sonstige Verbindlichkeiten	11 031,33	11 031,33
Vorjahr	11 832,76	11 832,76
davon aus Steuern	11 295,08	11 295,08
Vorjahr	8 178,38	8 178,38
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit	16 436,34	16 436,34
Vorjahr	16 563,62	16 563,62
Summe Verbindlichkeiten	187 410,77	187 410,77
Vorjahr	200 735,10	200 735,10

Die Verbindlichkeiten gegenüber Lieferanten haben sich gegenüber dem Vorjahr um EUR 1 180,38 verändert. Die Verbindlichkeiten gegenüber Mitglieder haben sich gegenüber dem Vorjahr um EUR -7 338,80



Österreichischer Pferdesportverband (OEPS;  
Fédération Équestre Nationale d'Autriche, FENA)

verändert. Die Verbindlichkeiten gegenüber Vereinen haben sich gegenüber dem Vorjahr um EUR -13 499,00 verändert.

Die Verbindlichkeiten gegenüber den Landesverbänden betragen im vorliegendem Geschäftsjahr EUR 58 134,60 und haben sich gegenüber dem Vorjahr um EUR 4 247,50 verändert.

Die Restlaufzeiten sämtlicher Verbindlichkeiten liegen unter einem Jahr.

### Währungsumrechnung

Die Bewertung der Forderungen und Verbindlichkeiten erfolgt zum Devisenkurs zum Zeitpunkt der Entstehung, wobei Kursverluste aus Kursänderungen zum Bilanzstichtag berücksichtigt werden.

### Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

ERTRÄGE	2021	2020	Veränderung	
	EUR	EUR	EUR	%
Mitgliedsbeiträge	447 349,56	438 894,56	8 455,00	1,9
Turniere, Pferde, Lizenzen	1 669 035,60	1 336 027,69	333 007,91	24,9
Subventionen und Sponsoring	1 794 715,39	1 143 897,89	650 817,50	56,9
Allgemeine Verbandserträge	283 816,54	217 720,44	66 096,10	30,4
Sonstige betriebliche Erträge	26 894,91	43 582,23	-16 687,32	-38,3
	<u>4 221 812,00</u>	<u>3 180 122,81</u>	<u>1 041 689,19</u>	<u>32,8</u>

In der Position Subventionen und Sponsoring sind im Betrag betreffend öffentliche Subventionen EUR 259 251,40 aus Unterstützungsleistungen gemäß NPO-Gesetz, 20. COVID-19-Gesetz enthalten. In den Sonstigen Erträgen ist im Vergleich zum Vorjahr keine COVID-19-Kurzarbeitsbeihilfe enthalten. Der Ausweis widmungsgemäß verwendeter Zuwendungen erfolgte gemäß KFS/RL 19 unter Erträge III. Subventionen und Sponsoring.

Der Anstieg der Position Turniere, Pferde, Lizenzen ist vor allem auf die im Vergleich zum Vorjahr gestiegene Anzahl an Veranstaltungen zurückzuführen.

Der Anstieg der Position Subventionen und Sponsoring ist auf die Umsetzung der ab 2021 beschlusskonformen Verwendung sämtlicher zweckgebundener Mittel aus „Z-Kopfnummer Sparten“ und „Sportförderbeitrag“ zurückzuführen.



Österreichischer Pferdesportverband (OEPS;  
Fédération Équestre Nationale d'Autriche, FENA)

Der Anstieg der Position Allgemeine Verbandserträge ist vor allem auf den nach der Pandemie wieder gestiegenen Abzeichen- und Drucksortenverkauf zurückzuführen.

<b>I. Personalaufwand</b>	2021 EUR	2020 EUR	Veränderung EUR	%
a. Gehälter	-603 595,90	-560 306,48	-43 289,42	7,7
b. Abfertigungen und Leistungen an betriebliche Mitarbeitervorsorgekassen	-12 619,77	-23 499,01	10 879,24	-46,3
c. Gesetzlich vorgeschriebene Sozialabgaben, sowie entgeltabhängige Abgaben und Pflichtbeiträge	-148 996,12	-157 625,23	8 629,11	-5,5
	<u>-765 211,79</u>	<u>-741 430,72</u>	<u>-23 781,07</u>	3,2

Nachdem im Vorjahr durch einen reduzierten Personalstand und Abbau von Urlaubsansprüchen der Personalaufwand gesunken ist, hat sich der Aufwand im Geschäftsjahr aufgrund des Entfalls des Abbau von Urlaubsansprüchen und der damit verbundenen Reduktion wieder normalisiert.

<b>III. Aufwand Sport</b>	2021 EUR	2020 EUR	Veränderung EUR	%
a. Referate	-741 281,60	-397 600,89	-343 680,71	86,4
b. Sport allgemein	-386 639,28	-300 318,26	-86 321,02	28,7
c. Landessportsubvention	-434 127,40	-475 212,24	41 084,84	-8,7
d. FEI	-242 418,86	-120 676,02	-121 742,84	100,9
e. Medienkosten Sponsoraufwand	-120 637,19	-121 818,72	1 181,53	-1,0
f. Mitgliedsbeiträge	-6 071,60	-4 420,60	-1 651,00	37,4
	<u>-1 931 175,93</u>	<u>-1 420 046,73</u>	<u>-511 129,20</u>	36,0

Weiters haben pandemiebedingt wesentlich weniger Veranstaltungen als vor der Pandemie stattgefunden, dennoch ist die Position III. Aufwand Sport von EUR -1 420 046,73 (2020) auf EUR -1 931 175,93 (2021) gestiegen, da im Vergleich zum Vorjahr mehr Veranstaltungen möglich waren.



Österreichischer Pferdesportverband (OEPS;  
Fédération Équestre Nationale d'Autriche, FENA)

<b>IV. Allgemeine Verbandsaufwendungen</b>	2021 EUR	2020 EUR	Veränderung EUR	%
a. Verbandszeitschrift, Abzeichen und Drucke	-226 571,43	-210 436,04	-16 135,39	7,7
b. Allgemeine Verbandsverpflichtungen	-37 247,76	-20 573,83	-16 673,93	81,0
c. Fahrzeug und Transportkosten	-31 188,77	-12 109,26	-19 079,51	157,6
d. Instandhaltung	-2 199,28	-36 843,08	34 643,80	-94,0
e. Raumkosten	-31 839,36	-30 672,44	-1 166,92	3,8
f. Porto, Telefon	-83 215,92	-68 703,58	-14 512,34	21,1
g. Sachaufwand Büro	-49 347,99	-57 579,85	8 231,86	-14,3
h. EDV Kosten	-57 836,37	-61 803,92	3 967,55	-6,4
i. Versicherungen	-69 356,74	-66 802,29	-2 554,45	3,8
j. Werbung	0,00	-986,00	986,00	-100,0
k. Prüfung, Beratung, Rechtsschutz	-16 573,44	-58 869,04	42 295,60	-71,9
l. Spesen des Geldverkehrs	-29 117,84	-20 149,53	-8 968,31	44,5
m. sonstige Aufwendungen	-32 583,82	-27 480,55	-5 103,27	18,6
	<u>-667 078,72</u>	<u>-673 009,41</u>	<u>5 930,69</u>	<u>-0,9</u>

In IV. Allgemeine Verbandsaufwendungen ist unter Position k. Prüfung, Beratung, Rechtsschutz das zu erwartende Honorar für die Abschlussprüfung in Höhe von EUR 8.000,00 enthalten.

#### **Darstellung der Vereinerträge und zugeordneter Ausgaben im Sinne des § 22 Abs. 2 VerG**

In der nachfolgenden Darstellung wird eine Zuordnung der Erträge und Aufwendungen des Österreichischen Pferdesportverbandes auf die Bereiche Verbandsmanagement und Sport bestmöglich im Sinne des § 22 Abs. 2 VerG vorgenommen:



**Darstellung der Vereinserträge und zugeordneter Ausgaben im Sinne des § 22 Abs. 2 VerG**  
(in ganzen EUR)

	Gesamt		Verbandsmanagement		Sport	
	2021	2020	2021	2020	2021	2020
I. Mitgliedsbeiträge	447 350	438 895	429 396	420 941	17 954	17 954
II. Turniere, Pferde, Lizenzen	1 669 036	1 336 028	211 836	169 570	1 457 200	1 166 458
III. Subventionen <sup>1</sup> , Sponsoring <sup>2</sup>	1 794 715	1 143 898	653 751	576 292	1 140 964	567 606
IV. Allgemeine Verbandsbeiträge	283 816	217 720	283 816	217 720		
V. Sonst. betriebliche Erträge, Spenden <sup>3</sup>	26 895	43 582	26 895	43 582		
<b>ERTRÄGE</b>	<b>4 221 812</b>	<b>3 180 123</b>	<b>1 605 694</b>	<b>1 428 105</b>	<b>2 616 118</b>	<b>1 752 018</b>
I. Personalaufwand	-765 212	-741 431	-218 034	-192 299	-547 178	-549 132
II. Abschreibungen	-62 084	-59 392	-62 084	-59 392		
III. Aufwand Sport	-1 931 176	-1 420 047			-1 931 176	-1 420 047
IV. Allgemeine Verbandsaufwendungen	-667 079	-673 009	-595 285	-592 931	-71 794	-80 078
<b>AUFWENDUNGEN</b>	<b>-3 425 551</b>	<b>-2 893 879</b>	<b>-875 403</b>	<b>-844 622</b>	<b>-2 550 148</b>	<b>-2 049 257</b>
<b>Bereichsergebnis <sup>4</sup></b>			<b>730 291</b>	<b>583 484</b>	<b>65 971</b>	<b>-297 239</b>
<b>Betriebsergebnis <sup>4</sup></b>	<b>796 262</b>	<b>286 243</b>				
<b>FINANZERGEBNIS</b>	<b>1 873</b>	<b>781</b>				
<b>Ergebnis vor Steuern</b>	<b>798 135</b>	<b>287 024</b>				

<sup>1</sup> davon öffentliche Subventionen EUR 1.333.454 (2021) und EUR 898.450 (2020)

<sup>2</sup> davon EUR 82.300 (2021) und EUR 92.554 (2020)

<sup>3</sup> davon EUR 0 (2021) und EUR 2.164 (2020)

<sup>4</sup> es ergeben sich Rundungsdifferenzen gegenüber der Gewinn- und Verlustrechnung

Österreichischer Pferdesportverband (OEPS;  
Fédération Équestre Nationale d'Autriche, FENA)

---

## Sonstige Angaben

### Anzahl der Angestellten

Im Geschäftsjahr waren im Durchschnitt 12 Arbeitnehmer (Vorjahr: 12 Arbeitnehmer) beschäftigt.

### Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Es gab keine wesentlichen Ereignisse nach dem Abschlussstichtag.

### Mitglieder des Direktoriums im Berichtsjahr

- Präsidentin Elisabeth Max-Theurer
- Vizepräsident Dr. Ernst Griebnitz
- Vizepräsident Mag. Klaus Haim
- Vizepräsident Udo Hatzl
- Vizepräsident Ing. Erich Huber-Tentschert
- Schatzmeister Dr. Martin Dal-Bianco
- Schriftführer Dr. Günther Forenbacher

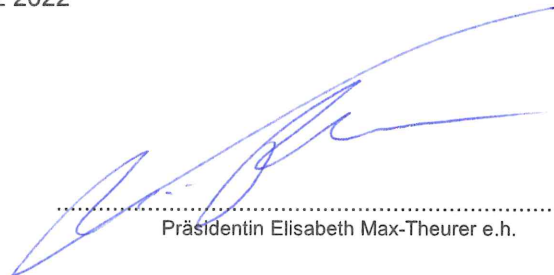
### Leistungsentschädigung Präsidium - Direktorium

Die Mitglieder des Direktoriums und des Präsidiums erhalten keine Bezüge und arbeiten ehrenamtlich.

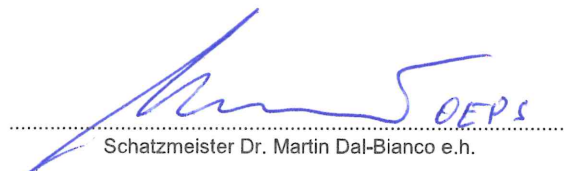
### Ergebnisverwendung

Das Direktorium schlägt vor, das Bilanzergebnis in Höhe von EUR 798 107,82 mit dem Vereinskapital zu verrechnen.

Laxenburg, am 23. März 2022



.....  
Präsidentin Elisabeth Max-Theurer e.h.



.....  
Schatzmeister Dr. Martin Dal-Bianco e.h.

	Stand	Anschaffungs-/Herstellungskosten			Stand	Stand	kumulierte Abschreibungen		Abgänge	Stand	Buchwerte	
	1.1.2021	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	31.12.2021	1.1.2021	Abschreibungen	Zuschreibungen		31.12.2021	1.1.2021	31.12.2021
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
<b>A. Anlagevermögen</b>												
<b>I. Immaterielle Vermögensgegenstände</b>												
1. Datenverarbeitungsprogramme, Homepage	643.788,71	0,00	0,00	0,00	643.788,71	631.842,81	3.537,14	0,00	0,00	635.379,95	11.945,90	8.408,76
<b>II. Sachanlagen</b>												
1. Grundstücke und Bauten	1.509.352,61	0,00	0,00	0,00	1.509.352,61	172.323,19	41.082,52	0,00	0,00	213.405,71	1.337.029,42	1.295.946,90
davon Grundwert	330.536,00	0,00	0,00	0,00	330.536,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	330.536,00	330.536,00
2. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	205.047,58	50.900,00	50.900,00	0,00	205.047,58	142.819,22	17.464,44	0,00	4.771,88	155.511,78	62.228,36	49.535,80
	1.714.400,19	50.900,00	50.900,00	0,00	1.714.400,19	315.142,41	58.546,96	0,00	4.771,88	368.917,49	1.399.257,78	1.345.482,70
<b>III. Finanzanlagen</b>												
1. Beteiligungen	270.000,00	0,00	0,00	0,00	270.000,00	70.000,00	0,00	0,00	0,00	70.000,00	200.000,00	200.000,00
<b>SUMME ANLAGENSPIEGEL</b>	<b>2.628.188,90</b>	<b>50.900,00</b>	<b>50.900,00</b>	<b>0,00</b>	<b>2.628.188,90</b>	<b>1.016.985,22</b>	<b>62.084,10</b>	<b>0,00</b>	<b>4.771,88</b>	<b>1.074.297,44</b>	<b>1.611.203,68</b>	<b>1.553.891,46</b>

OEPS



# Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftstreuhandberufe (AAB 2018)

Empfohlen vom Vorstand der Kammer der Steuerberater und  
Wirtschaftsprüfer zuletzt mit Beschluss vom 18.04.2018

## Präambel und Allgemeines

(1) Auftrag im Sinne dieser Bedingungen meint jeden Vertrag über vom zur Ausübung eines Wirtschaftstreuhandberufes Berechtigten in Ausübung dieses Berufes zu erbringende Leistungen (sowohl faktische Tätigkeiten als auch die Besorgung oder Durchführung von Rechtsgeschäften oder Rechtshandlungen, jeweils im Rahmen der §§ 2 oder 3 Wirtschaftstreuhandberufsgesetz 2017 (WTBG 2017). Die Parteien des Auftrages werden in Folge zum einen „Auftragnehmer“, zum anderen „Auftraggeber“ genannt.

(2) Diese Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftstreuhandberufe gliedern sich in zwei Teile: Die Auftragsbedingungen des I. Teiles gelten für Aufträge, bei denen die Auftragserteilung zum Betrieb des Unternehmens des Auftraggebers (Unternehmer iSd KSchG) gehört. Für Verbrauchergeschäfte gemäß Konsumentenschutzgesetz (Bundesgesetz vom 8.3.1979/BGBl Nr. 140 in der derzeit gültigen Fassung) gelten sie insoweit der II. Teil keine abweichenden Bestimmungen für diese enthält.

(3) Im Falle der Unwirksamkeit einer einzelnen Bestimmung ist diese durch eine wirksame, die dem angestrebten Ziel möglichst nahe kommt, zu ersetzen.

## I. TEIL

### 1. Umfang und Ausführung des Auftrages

(1) Der Umfang des Auftrages ergibt sich in der Regel aus der schriftlichen Auftragsvereinbarung zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer. Fehlt diesbezüglich eine detaillierte schriftliche Auftragsvereinbarung gilt im Zweifel (2)-(4):

(2) Bei Beauftragung mit Steuerberatungsleistungen umfasst die Beratungstätigkeit folgende Tätigkeiten:

- Ausarbeitung der Jahressteuererklärungen für die Einkommen- oder Körperschaftsteuer sowie Umsatzsteuer und zwar auf Grund der vom Auftraggeber vorzulegenden oder (bei entsprechender Vereinbarung) vom Auftragnehmer erstellten Jahresabschlüsse und sonstiger, für die Besteuerung erforderlichen Aufstellungen und Nachweise. Wenn nicht ausdrücklich anders vereinbart, sind die für die Besteuerung erforderlichen Aufstellungen und Nachweise vom Auftraggeber beizubringen.
- Prüfung der Bescheide zu den unter a) genannten Erklärungen.
- Verhandlungen mit den Finanzbehörden im Zusammenhang mit den unter a) und b) genannten Erklärungen und Bescheiden.
- Mitwirkung bei Betriebsprüfungen und Auswertung der Ergebnisse von Betriebsprüfungen hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.
- Mitwirkung im Rechtsmittelverfahren hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.

Erhält der Auftragnehmer für die laufende Steuerberatung ein Pauschalhonorar, so sind mangels anderweitiger schriftlicher Vereinbarungen die unter d) und e) genannten Tätigkeiten gesondert zu honorieren.

(3) Soweit die Ausarbeitung von einer oder mehreren Jahressteuererklärung(en) zum übernommenen Auftrag zählt, gehört dazu nicht die Überprüfung etwaiger besonderer buchmäßiger Voraussetzungen sowie die Prüfung, ob alle in Betracht kommenden insbesondere umsatzsteuerrechtlichen Begünstigungen wahrgenommen worden sind, es sei denn, hierüber besteht eine nachweisliche Beauftragung.

(4) Die Verpflichtung zur Erbringung anderer Leistungen gemäß §§ 2 und 3 WTBG 2017 bedarf jedenfalls nachweislich einer gesonderten Beauftragung.

(5) Vorstehende Absätze (2) bis (4) gelten nicht bei Sachverständigentätigkeit.

(6) Es bestehen keinerlei Pflichten des Auftragnehmers zur Leistungserbringung, Warnung oder Aufklärung über den Umfang des Auftrages hinaus.

(7) Der Auftragnehmer ist berechtigt, sich zur Durchführung des Auftrages geeigneter Mitarbeiter und sonstiger Erfüllungsgehilfen (Subunternehmer) zu bedienen, als auch sich bei der Durchführung des Auftrages durch einen Berufsbefugten substituieren zu lassen. Mitarbeiter im Sinne dieser Bedingungen meint alle Personen, die den Auftragnehmer auf regelmäßiger oder dauerhafter Basis bei seiner betrieblichen Tätigkeit unterstützen, unabhängig von der Art der rechtsgeschäftlichen Grundlage.

(8) Der Auftragnehmer hat bei der Erbringung seiner Leistungen ausschließlich österreichisches Recht zu berücksichtigen; ausländisches Recht ist nur bei ausdrücklicher schriftlicher Vereinbarung zu berücksichtigen.

(9) Ändert sich die Rechtslage nach Abgabe der abschließenden schriftlichen als auch mündlichen beruflichen Äußerung, so ist der Auftragnehmer nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgen hinzuweisen. Dies gilt auch für in sich abgeschlossene Teile eines Auftrages.

(10) Der Auftraggeber ist verpflichtet dafür Sorge zu tragen, dass die von ihm zur Verfügung gestellten Daten vom Auftragnehmer im Rahmen der Leistungserbringung verarbeitet werden dürfen. Diesbezüglich hat der Auftraggeber insbesondere aber nicht ausschließlich die anwendbaren datenschutz- und arbeitsrechtlichen Bestimmungen zu beachten.

(11) Bringt der Auftragnehmer bei einer Behörde ein Anbringen elektronisch ein, so handelt er – mangels ausdrücklicher gegenteiliger Vereinbarung – lediglich als Bote und stellt dies keine ihm oder einem einreichend Bevollmächtigten zurechenbare Willens- oder Wissenserklärung dar.

(12) Der Auftraggeber verpflichtet sich, Personen, die während des Auftragsverhältnisses Mitarbeiter des Auftragnehmers sind oder waren, während und binnen eines Jahres nach Beendigung des Auftragsverhältnisses nicht in seinem Unternehmen oder in einem ihm nahestehenden Unternehmen zu beschäftigen, widrigenfalls er sich zur Bezahlung eines Jahresbezuges des übernommenen Mitarbeiters an den Auftragnehmer verpflichtet.

### 2. Aufklärungspflicht des Auftraggebers; Vollständigkeitserklärung

(1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, dass dem Auftragnehmer auch ohne dessen besondere Aufforderung alle für die Ausführung des Auftrages notwendigen Unterlagen zum vereinbarten Termin und in Ermangelung eines solchen rechtzeitig in geeigneter Form vorgelegt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrages von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Auftragnehmers bekannt werden.

(2) Der Auftragnehmer ist berechtigt, die ihm erteilten Auskünfte und übergebenen Unterlagen des Auftraggebers, insbesondere Zahlenangaben, als richtig und vollständig anzusehen und dem Auftrag zu Grunde zu legen. Der Auftragnehmer ist ohne gesonderten schriftlichen Auftrag nicht verpflichtet, Unrichtigkeiten fest zu stellen. Insbesondere gilt dies auch für die Richtigkeit und Vollständigkeit von Rechnungen. Stellt er allerdings Unrichtigkeiten fest, so hat er dies dem Auftraggeber bekannt zu geben. Er hat im Finanzstrafverfahren die Rechte des Auftraggebers zu wahren.

(3) Der Auftraggeber hat dem Auftragnehmer die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen sowie der gegebenen Auskünfte und Erklärungen im Falle von Prüfungen, Gutachten und Sachverständigentätigkeit schriftlich zu bestätigen.

(4) Wenn bei der Erstellung von Jahresabschlüssen und anderen Abschlüssen vom Auftraggeber erhebliche Risiken nicht bekannt gegeben worden sind, bestehen für den Auftragnehmer insoweit diese Risiken schlagend werden keinerlei Ersatzpflichten.

(5) Vom Auftragnehmer angegebene Termine und Zeitpläne für die Fertigstellung von Produkten des Auftragnehmers oder Teilen davon sind bestmögliche Schätzungen und, sofern nicht anders schriftlich vereinbart, nicht bindend. Selbiges gilt für etwaige Honorarschätzungen: diese werden nach bestem Wissen erstellt; sie sind jedoch stets unverbindlich.

(6) Der Auftraggeber hat dem Auftragnehmer jeweils aktuelle Kontaktdaten (insbesondere Zustelladresse) bekannt zu geben. Der Auftragnehmer darf sich bis zur Bekanntgabe neuer Kontaktdaten auf die Gültigkeit der zuletzt vom Auftraggeber bekannt gegebenen Kontaktdaten verlassen, insbesondere Zustellung an die zuletzt bekannt gegebene Adresse vornehmen lassen.

### 3. Sicherung der Unabhängigkeit

(1) Der Auftraggeber ist verpflichtet, alle Vorkehrungen zu treffen, um zu verhindern, dass die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Auftragnehmers gefährdet wird, und hat selbst jede Gefährdung dieser Unabhängigkeit zu unterlassen. Dies gilt insbesondere für Angebote auf Anstellung und für Angebote, Aufträge auf eigene Rechnung zu übernehmen.

(2) Der Auftraggeber nimmt zur Kenntnis, dass seine hierfür notwendigen personenbezogenen Daten sowie Art und Umfang inklusive Leistungszeitraum der zwischen Auftragnehmer und Auftraggeber vereinbarten Leistungen (sowohl Prüfungs- als auch Nichtprüfungsleistungen) zum Zweck der Überprüfung des Vorliegens von Befangenheits- oder Ausschließungsgründen und Interessenkollisionen in einem allfälligen Netzwerk, dem der Auftragnehmer angehört, verarbeitet und zu diesem Zweck an die übrigen Mitglieder dieses Netzwerkes auch ins Ausland übermittelt werden. Hierfür entbindet der Auftraggeber den Auftragnehmer nach dem Datenschutzgesetz und gemäß § 80 Abs 4 Z 2 WTBG 2017 ausdrücklich von dessen Verschwiegenheitspflicht. Der Auftraggeber kann die Entbindung von der Verschwiegenheitspflicht jederzeit widerrufen.

### 4. Berichterstattung und Kommunikation

(1) (Berichterstattung durch den Auftragnehmer) Bei Prüfungen und Gutachten ist, soweit nichts anderes vereinbart wurde, ein schriftlicher Bericht zu erstatten.

(2) (Kommunikation an den Auftraggeber) Alle auftragsbezogenen Auskünfte und Stellungnahmen, einschließlich Berichte, (allesamt Wissensklärungen) des Auftragnehmers, seiner Mitarbeiter, sonstiger Erfüllungsgehilfen oder Substitute („berufliche Äußerungen“) sind nur dann verbindlich, wenn sie schriftlich erfolgen. Berufliche Äußerungen in elektronischen Dateiformaten, welche per Fax oder E-Mail oder unter Verwendung ähnlicher Formen der elektronischen Kommunikation (speicher- und wiedergabefähig und nicht mündlich dh zB SMS aber nicht Telefon) erfolgen, übermittelt oder bestätigt werden, gelten als schriftlich; dies gilt ausschließlich für berufliche Äußerungen. Das Risiko der Erteilung der beruflichen Äußerungen durch dazu Nichtbefugte und das Risiko der Übersendung dieser trägt der Auftraggeber.

(3) (Kommunikation an den Auftraggeber) Der Auftraggeber stimmt hiermit zu, dass der Auftragnehmer elektronische Kommunikation mit dem Auftraggeber (zB via E-Mail) in unverschlüsselter Form vornimmt. Der Auftraggeber erklärt, über die mit der Verwendung elektronischer Kommunikation verbundenen Risiken (insbesondere Zugang, Geheimhaltung, Veränderung von Nachrichten im Zuge der Übermittlung) informiert zu sein. Der Auftragnehmer, seine Mitarbeiter, sonstigen Erfüllungsgehilfen oder Substitute haften nicht für Schäden, die durch die Verwendung elektronischer Kommunikationsmittel verursacht werden.

(4) (Kommunikation an den Auftragnehmer) Der Empfang und die Weiterleitung von Informationen an den Auftragnehmer und seine Mitarbeiter sind bei Verwendung von Telefon – insbesondere in Verbindung mit automatischen Anrufbeantwortungssystemen, Fax, E-Mail und anderen Formen der elektronischen Kommunikation – nicht immer sichergestellt. Aufträge und wichtige Informationen gelten daher dem Auftragnehmer nur dann als zugegangen, wenn sie auch physisch (nicht fern-)mündlich oder elektronisch) zugegangen sind, es sei denn, es wird im Einzelfall der Empfang ausdrücklich bestätigt. Automatische Übermittlungs- und Lesebestätigungen gelten nicht als solche ausdrücklichen Empfangsbestätigungen. Dies gilt insbesondere für die Übermittlung von Bescheiden und anderen Informationen über Fristen. Kritische und wichtige Mitteilungen müssen daher per Post oder Kurier an den Auftragnehmer gesandt werden. Die Übergabe von Schriftstücken an Mitarbeiter außerhalb der Kanzlei gilt nicht als Übergabe.

(5) (Allgemein) Schriftlich meint insoweit in Punkt 4 (2) nicht anderes bestimmt, Schriftlichkeit iSd § 886 ABGB (Unterschriftlichkeit). Eine fortgeschrittene elektronische Signatur (Art. 26 eIDAS-VO, (EU) Nr. 910/2014) erfüllt das Erfordernis der Schriftlichkeit iSd § 886 ABGB (Unterschriftlichkeit), soweit dies innerhalb der Parteiendisposition liegt.

(6) (Werbliche Information) Der Auftragnehmer wird dem Auftraggeber wiederkehrend allgemeine steuerrechtliche und allgemeine wirtschaftsrechtliche Informationen elektronisch (zB per E-Mail) übermitteln. Der Auftraggeber nimmt zur Kenntnis, dass er das Recht hat, der Zusendung von Direktwerbung jederzeit zu widersprechen.

### 5. Schutz des geistigen Eigentums des Auftragnehmers

(1) Der Auftraggeber ist verpflichtet, dafür zu sorgen, dass die im Rahmen des Auftrages vom Auftragnehmer erstellten Berichte, Gutachten, Organisationspläne, Entwürfe, Zeichnungen, Berechnungen und dergleichen nur für Auftragszwecke (z.B. gemäß § 44 Abs 3 EStG 1988) verwendet werden. Im Übrigen bedarf die Weitergabe schriftlicher als auch

mündlicher beruflicher Äußerungen des Auftragnehmers an einen Dritten zur Nutzung der schriftlichen Zustimmung des Auftragnehmers.

(2) Die Verwendung schriftlicher als auch mündlicher beruflicher Äußerungen des Auftragnehmers zu Werbezwecken ist unzulässig; ein Verstoß berechtigt den Auftraggeber zur fristlosen Kündigung aller noch nicht durchgeführten Aufträge des Auftraggebers.

(3) Dem Auftragnehmer verbleibt an seinen Leistungen das Urheberrecht. Die Einräumung von Werknutzungsbewilligungen bleibt der schriftlichen Zustimmung des Auftragnehmers vorbehalten.

### 6. Mängelbeseitigung

(1) Der Auftragnehmer ist berechtigt und verpflichtet, nachträglich hervorkommende Unrichtigkeiten und Mängel in seiner schriftlichen als auch mündlichen beruflichen Äußerung zu beseitigen, und verpflichtet, den Auftraggeber hiervon unverzüglich zu verständigen. Er ist berechtigt, auch über die ursprüngliche berufliche Äußerung informierte Dritte von der Änderung zu verständigen.

(2) Der Auftraggeber hat Anspruch auf die kostenlose Beseitigung von Unrichtigkeiten, sofern diese durch den Auftragnehmer zu vertreten sind; dieser Anspruch erlischt sechs Monate nach erbrachter Leistung des Auftragnehmers bzw. – falls eine schriftliche berufliche Äußerung nicht abgegeben wird – sechs Monate nach Beendigung der beanstandeten Tätigkeit des Auftragnehmers.

(3) Der Auftraggeber hat bei Fehlschlägen der Nachbesserung etwaiger Mängel Anspruch auf Minderung. Soweit darüber hinaus Schadenersatzansprüche bestehen, gilt Punkt 7.

### 7. Haftung

(1) Sämtliche Haftungsregelungen gelten für alle Streitigkeiten im Zusammenhang mit dem Auftragsverhältnis, gleich aus welchem Rechtsgrund. Der Auftragnehmer haftet für Schäden im Zusammenhang mit dem Auftragsverhältnis (einschließlich dessen Beendigung) nur bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit. Die Anwendbarkeit des § 1298 Satz 2 ABGB wird ausgeschlossen.

(2) Im Falle grober Fahrlässigkeit beträgt die Ersatzpflicht des Auftragnehmers höchstens das zehnfache der Mindestversicherungssumme der Berufshaftpflichtversicherung gemäß § 11 Wirtschaftstreuhänderberufsgesetz 2017 (WTBG 2017) in der jeweils geltenden Fassung.

(3) Die Beschränkung der Haftung gemäß Punkt 7 (2) bezieht sich auf den einzelnen Schadensfall. Der einzelne Schadensfall umfasst sämtliche Folgen einer Pflichtverletzung ohne Rücksicht darauf, ob Schäden in einem oder in mehreren aufeinander folgenden Jahren entstanden sind. Dabei gilt mehrfaches auf gleicher oder gleichartiger Fehlerquelle beruhendes Tun oder Unterlassen als eine einheitliche Pflichtverletzung, wenn die betreffenden Angelegenheiten miteinander in rechtlichem und wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. Ein einheitlicher Schaden bleibt ein einzelner Schadensfall, auch wenn er auf mehreren Pflichtverletzungen beruht. Weiters ist, außer bei vorsätzlicher Schädigung, eine Haftung des Auftragnehmers für entgangenen Gewinn sowie Begleit-, Folge-, Neben- oder ähnliche Schäden, ausgeschlossen.

(4) Jeder Schadenersatzanspruch kann nur innerhalb von sechs Monaten nachdem der oder die Anspruchsberechtigten von dem Schaden Kenntnis erlangt haben, spätestens aber innerhalb von drei Jahren ab Eintritt des (Primär)Schadens nach dem anspruchsbegründenden Ereignis gerichtlich geltend gemacht werden, sofern nicht in gesetzlichen Vorschriften zwingend andere Verjährungsfristen festgesetzt sind.

(5) Im Falle der (tatbestandsmäßigen) Anwendbarkeit des § 275 UGB gelten dessen Haftungsnormen auch dann, wenn an der Durchführung des Auftrages mehrere Personen beteiligt gewesen und mehrere zum Ersatz verpflichtende Handlungen begangen worden sind und ohne Rücksicht darauf, ob andere Beteiligte vorsätzlich gehandelt haben.

(6) In Fällen, in denen ein förmlicher Bestätigungsvermerk erteilt wird, beginnt die Verjährungsfrist spätestens mit Erteilung des Bestätigungsvermerkes zu laufen.

(7) Wird die Tätigkeit unter Einschaltung eines Dritten, z.B. eines Daten verarbeitenden Unternehmens, durchgeführt, so gelten mit Benachrichtigung des Auftraggebers darüber nach Gesetz oder Vertrag be- oder entstehende Gewährleistungs- und Schadenersatzansprüche gegen den Dritten als an den Auftraggeber abgetreten. Der Auftragnehmer haftet, unbeschadet Punkt 4. (3), diesfalls nur für Verschulden bei der Auswahl des Dritten.

(8) Eine Haftung des Auftragnehmers Dritten gegenüber ist in jedem Fall ausgeschlossen. Geraten Dritte mit der Arbeit des Auftragnehmers wegen des Auftraggebers in welcher Form auch immer in Kontakt hat der Auftraggeber diese über diesen Umstand ausdrücklich aufzuklären. Soweit

ein solcher Haftungsausschluss gesetzlich nicht zulässig ist oder eine Haftung gegenüber Dritten vom Auftragnehmer ausnahmsweise übernommen wurde, gelten subsidiär diese Haftungsbeschränkungen jedenfalls auch gegenüber Dritten. Dritte können jedenfalls keine Ansprüche stellen, die über einen allfälligen Anspruch des Auftraggebers hinausgehen. Die Haftungshöchstsumme gilt nur insgesamt einmal für alle Geschädigten, einschließlich der Ersatzansprüche des Auftraggebers selbst, auch wenn mehrere Personen (der Auftraggeber und ein Dritter oder auch mehrere Dritte) geschädigt worden sind; Geschädigte werden nach ihrem Zuvorkommen befriedigt. Der Auftraggeber wird den Auftragnehmer und dessen Mitarbeiter von sämtlichen Ansprüchen Dritter im Zusammenhang mit der Weitergabe schriftlicher als auch mündlicher beruflicher Äußerungen des Auftragnehmers an diese Dritte schad- und klaglos halten.

(9) Punkt 7 gilt auch für allfällige Haftungsansprüche des Auftraggebers im Zusammenhang mit dem Auftragsverhältnis gegenüber Dritten (Erfüllungs- und Besorgungshelfen des Auftragnehmers) und den Substituten des Auftragnehmers.

#### 8. Verschwiegenheitspflicht, Datenschutz

(1) Der Auftragnehmer ist gemäß § 80 WTBG 2017 verpflichtet, über alle Angelegenheiten, die ihm im Zusammenhang mit seiner Tätigkeit für den Auftraggeber bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren, es sei denn, dass der Auftraggeber ihn von dieser Schweigepflicht entbindet oder gesetzliche Äußerungspflichten entgegen stehen.

(2) Soweit es zur Verfolgung von Ansprüchen des Auftragnehmers (insbesondere Ansprüche auf Honorar) oder zur Abwehr von Ansprüchen gegen den Auftragnehmer (insbesondere Schadenersatzansprüche des Auftraggebers oder Dritter gegen den Auftragnehmer) notwendig ist, ist der Auftragnehmer von seiner beruflichen Verschwiegenheitspflicht entbunden.

(3) Der Auftragnehmer darf Berichte, Gutachten und sonstige schriftliche berufliche Äußerungen über die Ergebnisse seiner Tätigkeit Dritten nur mit Einwilligung des Auftraggebers aushändigen, es sei denn, dass eine gesetzliche Verpflichtung hierzu besteht.

(4) Der Auftragnehmer ist datenschutzrechtlich Verantwortlicher im Sinne der Datenschutz-Grundverordnung („DSGVO“) hinsichtlich aller im Rahmen des Auftrages verarbeiteter personenbezogenen Daten. Der Auftragnehmer ist daher befugt, ihm anvertraute personenbezogene Daten im Rahmen der Grenzen des Auftrages zu verarbeiten. Dem Auftragnehmer überlassene Materialien (Papier und Datenträger) werden grundsätzlich nach Beendigung der diesbezüglichen Leistungserbringung dem Auftraggeber oder an vom Auftraggeber namhaft gemachte Dritte übergeben oder wenn dies gesondert vereinbart ist vom Auftragnehmer verwahrt oder vernichtet. Der Auftragnehmer ist berechtigt Kopien davon aufzubewahren soweit er diese zur ordnungsgemäßen Dokumentation seiner Leistungen benötigt oder es rechtlich geboten oder beruflich ist.

(5) Sofern der Auftragnehmer den Auftraggeber dabei unterstützt, die den Auftraggeber als datenschutzrechtlich Verantwortlichen treffenden Pflichten gegenüber Betroffenen zu erfüllen, so ist der Auftragnehmer berechtigt, den entstandenen tatsächlichen Aufwand an den Auftraggeber zu verrechnen. Gleiches gilt, für den Aufwand der für Auskünfte im Zusammenhang mit dem Auftragsverhältnis anfällt, die nach Entbindung von der Verschwiegenheitspflicht durch den Auftraggeber gegenüber Dritten diesen Dritten erteilt werden.

#### 9. Rücktritt und Kündigung („Beendigung“)

(1) Die Erklärung der Beendigung eines Auftrags hat schriftlich zu erfolgen (siehe auch Punkt. 4 (4) und (5)). Das Erlöschen einer bestehenden Vollmacht bewirkt keine Beendigung des Auftrags.

(2) Soweit nicht etwas anderes schriftlich vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist, können die Vertragspartner den Vertrag jederzeit mit sofortiger Wirkung beenden. Der Honoraranspruch bestimmt sich nach Punkt 11.

(3) Ein Dauerauftrag (befristeter oder unbefristeter Auftrag über, wenn auch nicht ausschließlich, die Erbringung wiederholter Einzelleistungen, auch mit Pauschalvergütung) kann allerdings, soweit nichts anderes schriftlich vereinbart ist, ohne Vorliegen eines wichtigen Grundes nur unter Einhaltung einer Frist von drei Monaten („Beendigungsfrist“) zum Ende eines Kalendermonats beendet werden.

(4) Nach Erklärung der Beendigung eines Dauerauftrags – sind, soweit im Folgenden nicht abweichend bestimmt, nur jene einzelnen Werke vom Auftragnehmer noch fertigzustellen (verbleibender Auftragsstand), deren vollständige Ausführung innerhalb der Beendigungsfrist (grundsätzlich) möglich ist, soweit diese innerhalb eines Monats nach Beginn des Laufs der Beendigungsfrist dem Auftraggeber schriftlich im Sinne des Punktes 4 (2) bekannt gegeben werden. Der verbleibende Auftragsstand ist innerhalb der Beendigungsfrist fertig zu stellen, sofern sämtliche erforderlichen

Unterlagen rechtzeitig zur Verfügung gestellt werden und soweit nicht ein wichtiger Grund vorliegt, der dies hindert.

(5) Wären bei einem Dauerauftrag mehr als 2 gleichartige, üblicherweise nur einmal jährlich zu erstellende Werke (z.B. Jahresabschlüsse, Steuererklärungen etc.) fertig zu stellen, so zählen die über 2 hinaus gehenden Werke nur bei ausdrücklichem Einverständnis des Auftraggebers zum verbleibenden Auftragsstand. Auf diesen Umstand ist der Auftraggeber in der Bekanntgabe gemäß Punkt 9 (4) gegebenenfalls ausdrücklich hinzuweisen.

#### 10. Beendigung bei Annahmeverzug und unterlassener Mitwirkung des Auftraggebers und rechtlichen Ausführungshindernissen

(1) Kommt der Auftraggeber mit der Annahme der vom Auftragnehmer angebotenen Leistung in Verzug oder unterlässt der Auftraggeber eine ihm nach Punkt 2. oder sonst wie obliegende Mitwirkung, so ist der Auftragnehmer zur fristlosen Beendigung des Vertrages berechtigt. Gleiches gilt, wenn der Auftraggeber eine (auch teilweise) Durchführung des Auftrages verlangt, die, nach begründetem Dafürhalten des Auftragnehmers, nicht der Rechtslage oder berufssüblichen Grundsätzen entspricht. Seine Honoraransprüche bestimmen sich nach Punkt 11. Annahmeverzug sowie unterlassene Mitwirkung seitens des Auftraggebers begründen auch dann den Anspruch des Auftragnehmers auf Ersatz der ihm hierdurch entstandenen Mehraufwendungen sowie des verursachten Schadens, wenn der Auftragnehmer von seinem Kündigungsrecht keinen Gebrauch macht.

(2) Bei Verträgen über die Führung der Bücher, die Vornahme der Personalsachbearbeitung oder Abgabeverrechnung ist eine fristlose Beendigung durch den Auftragnehmer gemäß Punkt 10 (1) zulässig, wenn der Auftraggeber seiner Mitwirkungspflicht gemäß Punkt 2. (1) zweimal nachweislich nicht nachkommt.

#### 11. Honoraranspruch

(1) Unterbleibt die Ausführung des Auftrages (z.B. wegen Rücktritt oder Kündigung), so gebührt dem Auftragnehmer gleichwohl das vereinbarte Entgelt (Honorar), wenn er zur Leistung bereit war und durch Umstände, deren Ursache auf Seiten des Auftraggebers liegen, ein bloßes Mitverschulden des Auftragnehmers bleibt diesbezüglich außer Ansatz, daran gehindert worden ist; der Auftragnehmer braucht sich in diesem Fall nicht anrechnen zu lassen, was er durch anderweitige Verwendung seiner und seiner Mitarbeiter Arbeitskraft erwirbt oder zu erwerben unterlässt.

(2) Bei Beendigung eines Dauerauftrags gebührt das vereinbarte Entgelt für den verbleibenden Auftragsstand, sofern er fertiggestellt wird oder dies aus Gründen, die dem Auftraggeber zuzurechnen sind, unterbleibt (auf Punkt 11. (1) wird verwiesen). Vereinbarte Pauschalhonorare sind gegebenenfalls zu aliquotieren.

(3) Unterbleibt eine zur Ausführung des Werkes erforderliche Mitwirkung des Auftraggebers, so ist der Auftragnehmer auch berechtigt, ihm zur Nachholung eine angemessene Frist zu setzen mit der Erklärung, dass nach fruchtlosem Verstreichen der Frist der Vertrag als aufgehoben gelte, im Übrigen gelten die Folgen des Punkt 11. (1).

(4) Bei Nichteinhaltung der Beendigungsfrist gemäß Punkt 9. (3) durch den Auftraggeber, sowie bei Vertragsauflösung gemäß Punkt 10. (2) durch den Auftragnehmer behält der Auftragnehmer den vollen Honoraranspruch für drei Monate.

#### 12. Honorar

(1) Sofern nicht ausdrücklich Unentgeltlichkeit vereinbart ist, wird jedenfalls gemäß § 1004 und § 1152 ABGB eine angemessene Entlohnung geschuldet. Höhe und Art des Honoraranspruchs des Auftragnehmers ergeben sich aus der zwischen ihm und seinem Auftraggeber getroffenen Vereinbarung. Sofern nicht nachweislich eine andere Vereinbarung getroffen wurde sind Zahlungen des Auftraggebers immer auf die älteste Schuld anzurechnen.

(2) Die kleinste verrechenbare Leistungseinheit beträgt eine Viertelstunde.

(3) Auch die Wegzeit wird im notwendigen Umfang verrechnet.

(4) Das Aktenstudium in der eigenen Kanzlei, das nach Art und Umfang zur Vorbereitung des Auftragnehmers notwendig ist, kann gesondert verrechnet werden.

(5) Erweist sich durch nachträglich hervorgekommene besondere Umstände oder auf Grund besonderer Inanspruchnahme durch den Auftraggeber ein bereits vereinbartes Entgelt als unzureichend, so hat der Auftragnehmer den Auftraggeber darauf hinzuweisen und sind Nachverhandlungen zur Vereinbarung eines angemessenen Entgelts zu führen (auch bei unzureichenden Pauschalhonoraren).

(6) Der Auftragnehmer verrechnet die Nebenkosten und die Umsatzsteuer zusätzlich. Beispielhaft aber nicht abschließend im Folgenden (7) bis (9):

(7) Zu den verrechenbaren Nebenkosten zählen auch belegte oder pauschalierte Barauslagen, Reisespesen (bei Bahnfahrten 1. Klasse), Diäten, Kilometergeld, Kopierkosten und ähnliche Nebenkosten.

(8) Bei besonderen Haftpflichtversicherungserfordernissen zählen die betreffenden Versicherungsprämien (inkl. Versicherungssteuer) zu den Nebenkosten.

(9) Weiters sind als Nebenkosten auch Personal- und Sachaufwendungen für die Erstellung von Berichten, Gutachten uä. anzusehen.

(10) Für die Ausführung eines Auftrages, dessen gemeinschaftliche Erledigung mehreren Auftragnehmern übertragen worden ist, wird von jedem das seiner Tätigkeit entsprechende Entgelt verrechnet.

(11) Entgelte und Entgeltvorschüsse sind mangels anderer Vereinbarungen sofort nach deren schriftlicher Geltendmachung fällig. Für Entgeltzahlungen, die später als 14 Tage nach Fälligkeit geleistet werden, können Verzugszinsen verrechnet werden. Bei beiderseitigen Unternehmerngeschäften gelten Verzugszinsen in der in § 456 1. und 2. Satz UGB festgelegten Höhe.

(12) Die Verjährung richtet sich nach § 1486 ABGB und beginnt mit Ende der Leistung bzw. mit späterer, in angemessener Frist erfolgter Rechnungslegung zu laufen.

(13) Gegen Rechnungen kann innerhalb von 4 Wochen ab Rechnungsdatum schriftlich beim Auftragnehmer Einspruch erhoben werden. Andernfalls gilt die Rechnung als anerkannt. Die Aufnahme einer Rechnung in die Bücher gilt jedenfalls als Anerkenntnis.

(14) Auf die Anwendung des § 934 ABGB im Sinne des § 351 UGB, das ist die Anfechtung wegen Verkürzung über die Hälfte für Geschäfte unter Unternehmern, wird verzichtet.

(15) Falls bei Aufträgen betreffend die Führung der Bücher, die Vornahme der Personalsachbearbeitung oder Abgabenverrechnung ein Pauschalhonorar vereinbart ist, so sind mangels anderweitiger schriftlicher Vereinbarung die Vertretungstätigkeit im Zusammenhang mit abgaben- und beitragsrechtlichen Prüfungen aller Art einschließlich der Abschluss von Vergleichen über Abgabenbemessungs- oder Beitragsgrundlagen, Berichterstattung, Rechtsmittelerhebung uä. gesondert zu honorieren. Sofern nichts anderes schriftlich vereinbart ist, gilt das Honorar als jeweils für ein Auftragsjahr vereinbart.

(16) Die Bearbeitung besonderer Einzelfragen im Zusammenhang mit den im Punkt 12. (15) genannten Tätigkeiten, insbesondere Feststellungen über das prinzipielle Vorliegen einer Pflichtversicherung, erfolgt nur aufgrund eines besonderen Auftrages.

(17) Der Auftragnehmer kann entsprechende Vorschüsse verlangen und seine (fortgesetzte) Tätigkeit von der Zahlung dieser Vorschüsse abhängig machen. Bei Daueraufträgen darf die Erbringung weiterer Leistungen bis zur Bezahlung früherer Leistungen (sowie allfälliger Vorschüsse gemäß Satz 1) verweigert werden. Bei Erbringung von Teilleistungen und offener Teilhonorierung gilt dies sinngemäß.

(18) Eine Beanstandung der Arbeiten des Auftragnehmers berechtigt, außer bei offenkundigen wesentlichen Mängeln, nicht zur auch nur teilweisen Zurückhaltung der ihm nach Punkt 12. zustehenden Honorare, sonstigen Entgelte, Kostenersätze und Vorschüsse (Vergütungen).

(19) Eine Aufrechnung gegen Forderungen des Auftragnehmers auf Vergütungen nach Punkt 12. ist nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

### 13. Sonstiges

(1) Im Zusammenhang mit Punkt 12. (17) wird auf das gesetzliche Zurückbehaltungsrecht (§ 471 ABGB, § 369 UGB) verwiesen; wird das Zurückbehaltungsrecht zu Unrecht ausgeübt, haftet der Auftragnehmer grundsätzlich gemäß Punkt 7. aber in Abweichung dazu nur bis zur Höhe seiner noch offenen Forderung.

(2) Der Auftraggeber hat keinen Anspruch auf Ausfolgung von im Zuge der Auftragserfüllung vom Auftragnehmer erstellten Arbeitspapieren und ähnlichen Unterlagen. Im Falle der Auftragserfüllung unter Einsatz elektronischer Buchhaltungssysteme ist der Auftragnehmer berechtigt, nach Übergabe sämtlicher vom Auftragnehmer auftragsbezogen damit erstellter Daten, für die den Auftraggeber eine Aufbewahrungspflicht trifft, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format an den Auftraggeber bzw. an den nachfolgenden Wirtschaftstreuhänder, die Daten zu löschen. Für die Übergabe dieser Daten in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format hat der Auftragnehmer

Anspruch auf ein angemessenes Honorar (Punkt 12 gilt sinngemäß). Ist eine Übergabe dieser Daten in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format aus besonderen Gründen unmöglich oder unternommen, können diese ersatzweise im Vollausdruck übergeben werden. Eine Honorierung steht diesfalls dafür nicht zu.

(3) Der Auftragnehmer hat auf Verlangen und Kosten des Auftraggebers alle Unterlagen herauszugeben, die er aus Anlass seiner Tätigkeit von diesem erhalten hat. Dies gilt jedoch nicht für den Schriftwechsel zwischen dem Auftragnehmer und seinem Auftraggeber und für die Schriftstücke, die der Auftraggeber in Urschrift besitzt und für Schriftstücke, die einer Aufbewahrungspflicht nach den für den Auftragnehmer geltenden rechtlichen Bestimmungen zur Verhinderung von Geldwäsche unterliegen. Der Auftragnehmer kann von Unterlagen, die er an den Auftraggeber zurückgibt, Abschriften oder Fotokopien anfertigen. Sind diese Unterlagen bereits einmal an den Auftraggeber übermittelt worden so hat der Auftragnehmer Anspruch auf ein angemessenes Honorar (Punkt 12. gilt sinngemäß).

(4) Der Auftraggeber hat die dem Auftragnehmer übergebenen Unterlagen nach Abschluss der Arbeiten binnen 3 Monaten abzuholen. Bei Nichtabholung übergebener Unterlagen kann der Auftragnehmer nach zweimaliger nachweislicher Aufforderung an den Auftraggeber, übergebene Unterlagen abzuholen, diese auf dessen Kosten zurückstellen und/oder ein angemessenes Honorar in Rechnung stellen (Punkt 12. gilt sinngemäß). Die weitere Aufbewahrung kann auch auf Kosten des Auftraggebers durch Dritte erfolgen. Der Auftragnehmer haftet im Weiteren nicht für Folgen aus Beschädigung, Verlust oder Vernichtung der Unterlagen.

(5) Der Auftragnehmer ist berechtigt, fällige Honorarforderungen mit etwaigen Depotguthaben, Verrechnungsgeldern, Treuhandgeldern oder anderen in seiner Gewahrsame befindlichen liquiden Mitteln auch bei ausdrücklicher Inverwahrungnahme zu kompensieren, sofern der Auftraggeber mit einem Gegenanspruch des Auftragnehmers rechnen musste.

(6) Zur Sicherung einer bestehenden oder künftigen Honorarforderung ist der Auftragnehmer berechtigt, ein finanzamtliches Guthaben oder ein anderes Abgaben- oder Beitragsguthaben des Auftraggebers auf ein Anderkonto zu transferieren. Diesfalls ist der Auftraggeber vom erfolgten Transfer zu verständigen. Danach kann der sichergestellte Betrag entweder im Einvernehmen mit dem Auftraggeber oder bei Vollstreckbarkeit der Honorarforderung eingezogen werden.

### 14. Anzuwendendes Recht, Erfüllungsort, Gerichtsstand

(1) Für den Auftrag, seine Durchführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt ausschließlich österreichisches Recht unter Ausschluss des nationalen Verweisungsrechts.

(2) Erfüllungsort ist der Ort der beruflichen Niederlassung des Auftragnehmers.

(3) Gerichtsstand ist – mangels abweichender schriftlicher Vereinbarung – das sachlich zuständige Gericht des Erfüllungsortes.

## II. TEIL

### 15. Ergänzende Bestimmungen für Verbrauchergeschäfte

(1) Für Verträge zwischen Wirtschaftstreuhändern und Verbrauchern gelten die zwingenden Bestimmungen des Konsumentenschutzgesetzes.

(2) Der Auftragnehmer haftet nur für vorsätzliche und grob fahrlässig verschuldete Verletzung der übernommenen Verpflichtungen.

(3) Anstelle der im Punkt 7 Abs 2 normierten Begrenzung ist auch im Falle grober Fahrlässigkeit die Ersatzpflicht des Auftragnehmers nicht begrenzt.

(4) Punkt 6 Abs 2 (Frist für Mängelbeseitigungsanspruch) und Punkt 7 Abs 4 (Geltendmachung der Schadenersatzansprüche innerhalb einer bestimmten Frist) gilt nicht.

(5) Rücktrittsrecht gemäß § 3 KSchG:

Hat der Verbraucher seine Vertragserklärung nicht in den vom Auftragnehmer dauernd benützten Kanzleiräumen abgegeben, so kann er von seinem Vertragsantrag oder vom Vertrag zurücktreten. Dieser Rücktritt kann bis zum Zustandekommen des Vertrages oder danach binnen einer Woche erklärt werden; die Frist beginnt mit der Ausfolgung einer Urkunde, die zumindest den Namen und die Anschrift des Auftragnehmers sowie eine Belehrung über das Rücktrittsrecht enthält, an den Verbraucher, frühestens jedoch mit dem Zustandekommen des Vertrages zu laufen. Das Rücktrittsrecht steht dem Verbraucher nicht zu,

1. wenn er selbst die geschäftliche Verbindung mit dem Auftragnehmer oder dessen Beauftragten zwecks Schließung dieses Vertrages angebahnt hat,

2. wenn dem Zustandekommen des Vertrages keine Besprechungen zwischen den Beteiligten oder ihren Beauftragten vorangegangen sind oder

3. bei Verträgen, bei denen die beiderseitigen Leistungen sofort zu erbringen sind, wenn sie üblicherweise von Auftragnehmern außerhalb ihrer Kanzleiräume geschlossen werden und das vereinbarte Entgelt € 15 nicht übersteigt.

Der Rücktritt bedarf zu seiner Rechtswirksamkeit der Schriftform. Es genügt, wenn der Verbraucher ein Schriftstück, das seine Vertragserklärung oder die des Auftragnehmers enthält, dem Auftragnehmer mit einem Vermerk zurückstellt, der erkennen lässt, dass der Verbraucher das Zustandekommen oder die Aufrechterhaltung des Vertrages ablehnt. Es genügt, wenn die Erklärung innerhalb einer Woche abgesendet wird.

Tritt der Verbraucher gemäß § 3 KSchG vom Vertrag zurück, so hat Zug um Zug

1. der Auftragnehmer alle empfangenen Leistungen samt gesetzlichen Zinsen vom Empfangstag an zurückzuerstatten und den vom Verbraucher auf die Sache gemachten notwendigen und nützlichen Aufwand zu ersetzen,

2. der Verbraucher dem Auftragnehmer den Wert der Leistungen zu vergüten, soweit sie ihm zum klaren und überwiegenden Vorteil gereichen.

Gemäß § 4 Abs 3 KSchG bleiben Schadenersatzansprüche unberührt.

(6) Kostenvorschläge gemäß § 5 KSchG:

Für die Erstellung eines Kostenvorschlages im Sinn des § 1170a ABGB durch den Auftragnehmer hat der Verbraucher ein Entgelt nur dann zu zahlen, wenn er vorher auf diese Zahlungspflicht hingewiesen worden ist.

Wird dem Vertrag ein Kostenvorschlag des Auftragnehmers zugrunde gelegt, so gilt dessen Richtigkeit als gewährleistet, wenn nicht das Gegenteil ausdrücklich erklärt ist.

(7) Mängelbeseitigung: Punkt 6 wird ergänzt:

Ist der Auftragnehmer nach § 932 ABGB verpflichtet, seine Leistungen zu verbessern oder Fehlendes nachzutragen, so hat er diese Pflicht zu erfüllen, an dem Ort, an dem die Sache übergeben worden ist. Ist es für den Verbraucher tunlich, die Werke und Unterlagen vom Auftragnehmer gesendet zu erhalten, so kann dieser diese Übersendung auf seine Gefahr und Kosten vornehmen.

(8) Gerichtsstand: Anstelle Punkt 14. (3) gilt:

Hat der Verbraucher im Inland seinen Wohnsitz oder seinen gewöhnlichen Aufenthalt oder ist er im Inland beschäftigt, so kann für eine Klage gegen ihn nach den §§ 88, 89, 93 Abs 2 und 104 Abs 1 JN nur die Zuständigkeit eines Gerichtes begründet werden, in dessen Sprengel der Wohnsitz, der gewöhnliche Aufenthalt oder der Ort der Beschäftigung liegt.

(9) Verträge über wiederkehrende Leistungen:

(a) Verträge, durch die sich der Auftragnehmer zu Werkleistungen und der Verbraucher zu wiederholten Geldzahlungen verpflichten und die für eine unbestimmte oder eine ein Jahr übersteigende Zeit geschlossen worden sind, kann der Verbraucher unter Einhaltung einer zweimonatigen Frist zum Ablauf des ersten Jahres, nachher zum Ablauf jeweils eines halben Jahres kündigen.

(b) Ist die Gesamtheit der Leistungen eine nach ihrer Art unteilbare Leistung, deren Umfang und Preis schon bei der Vertragsschließung bestimmt sind, so kann der erste Kündigungstermin bis zum Ablauf des zweiten Jahres hinausgeschoben werden. In solchen Verträgen kann die Kündigungsfrist auf höchstens sechs Monate verlängert werden.

(c) Erfordert die Erfüllung eines bestimmten, in lit. a) genannten Vertrages erhebliche Aufwendungen des Auftragnehmers und hat er dies dem Verbraucher spätestens bei der Vertragsschließung bekannt gegeben, so können den Umständen angemessene, von den in lit. a) und b) genannten abweichende Kündigungstermine und Kündigungsfristen vereinbart werden.

(d) Eine Kündigung des Verbrauchers, die nicht fristgerecht ausgesprochen worden ist, wird zum nächsten nach Ablauf der Kündigungsfrist liegenden Kündigungstermin wirksam.